

Die deutsche Wirtschaft boomt, und jeder weiß, warum. Die Bundesregierung feiert sich selbst, wobei die SPD auch die rot-grüne Vorgängerregierung noch mitfeiert. Die Opposition sieht die Quelle des Aufschwungs in den Unternehmen und/oder im Ausland, aber auf keinen Fall bei der Regierung. Die meisten Ökonomen fügen als Grund noch die Lohnzurückhaltung und die Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt hinzu. Die Unüber-

## FORUM

sichtigkeit der Erklärungsversuche enthüllt im Grunde die Ratlosigkeit der Beobachter. In Wahrheit hat keiner der professionellen Beobachter diesen Aufschwung, zumindest nicht dessen Intensität, vorhergesehen.

Noch bis Ende vergangenen Jahres schätzten viele, dass die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer strukturellen Probleme vor allem am Arbeitsmarkt trotz zahlreicher Reformen nicht schneller als rund ein Prozent wachsen könne. Derzeit werden die Wachstumswerte sogar von der notorisch skeptischen EU-Kommission angehoben – und mit den gleichen bislang als weitgehend unwirksam angesehenen, Arbeitsmarktreflexen begründet. Überzeugend ist das nicht.

Man sollte also etwas genauer hinschauen, um die Ursache für das enorm beschleunigte Tempo der deutschen Wirtschaft zu finden. Erst dann erschließt sich, dass es

ein Puzzle von Gründen gab, deren Zusammenwirken tatsächlich teilweise schwer vorhersehbar war, die aber gleichwohl den Aufschwung ausgelöst haben. Wichtig ist: Die meisten der Ursachen sind gesamtwirtschaftlicher Natur. Und diese Einsicht sollte Folgen haben.

Ein erstes Element zur Erklärung des Aufschwungs ist tatsächlich die Lohnzurückhaltung, aber anders als üblicherweise dargestellt. Seit Mitte der 90-er Jahre waren die Lohnzuwächse in Deutschland im internationalen Vergleich zumeist ausgesprochen moderat. Dies hat auf der einen Seite die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure fortwährend gesteigert. Auf der anderen Seite drückte sie die Einkommen der Beschäftigten und belastete damit die Binnennachfrage.

Das Ergebnis war insgesamt negativ für die deutsche Wirtschaft. Denn anders als in früheren Zyklen konnte der Exportboom nicht – wie vielfach erwartet – auf die Binnennachfrage übergreifen, da diese durch die Lohnzurückhaltung und drei weitere gravierende Faktoren zu Beginn des Jahrzehnts erheblich belastet war. Die erste Bürde war die Serie von Ar-

beitsmarktreflexen, die die Einkommen weiter reduzierte – und das gerade in Bevölkerungsschichten, die in der Regel ihr gesamtes Einkommen ausgeben müssen. Die Reformen verbreiteten Unsicherheit sogar bei jenen, die selbst nicht unmittelbar von den institutionellen Veränderungen am Arbeitsmarkt betroffen waren. Die Folge war die gleiche wie bei denjenigen, deren Einkommen geringer wurden: Sie schränkten ihren Konsum ein und verschärften damit die Krise der Binnennachfrage.

Die zweite Bürde war die Finanzpolitik. Sie war, unabhängig von den Arbeitsmarktreflexen, zwischen 2002 und 2005 auf Einsparungen auf der Ausgabenseite ausgerichtet. Geringere staatliche Ausgaben vermindern auf der anderen Seite auch die Einkommen bei den früheren Empfängern dieser Ausgaben. Im Ergebnis bedeutete dies eine zusätzliche Last für die Binnennachfrage. Als dritte Bürde kam die langwierige Krise der Bauindustrie hinzu, die Jahr für Jahr in fast dramatischem Umfang schrumpfte und Wachstum und Beschäftigung vor allem in Ostdeutschland drückte.

# Wem gehört der Aufschwung?

Auf die richtige Reihenfolge kommt es an: Die Arbeitsmarktreflexen der rot-grünen Regierung konnten ihre Wirkung erst entfalten, nachdem die Große Koalition die Binnennachfrage angekurbelt hatte / Von Gustav Horn

Der Aufschwung begann, als 2005 zunächst zwei und 2006 sogar alle drei belastenden Faktoren verschwanden. Von großer Bedeutung war, dass 2005 für alle überraschend die Trendwende in der Bauindustrie einsetzte. Zwar waren schon seit längerer Zeit einige Anzeichen wie steigende



Gustav A. Horn ist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Foto: AP

Baugenehmigungen zu erkennen gewesen, doch kein Prognostiker wagte es angesichts der ungemein schlechten Lage in diesem Sektor, eine Wende vorherzusagen – ein Fehler, wie sich später herausstellte.

Der zweite Impuls für den Aufschwung war die Reformpause, die sich vor dem Hintergrund der Bundestagswahl vor einhalb Jahren einstellte. Die Unsicherheit der Menschen sank, ihre Konsumneigung stieg deswegen leicht an. Der letzte und maßgebliche Impuls kam dann 2006, als die neue Bundesregierung getreu ihrem Motto „Erst stimulieren und dann sanieren“ die Wirtschaft mit ihren verschiedenen Förderprogrammen vor allem im Energie- und Umweltbereich tatsächlich aktivierte und auch keine harten Ausgabenkürzungen mehr vornahm. All dies reichte aus, um endlich der Binnennachfrage den nötigen Schwung für einen wirklichen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung zu verleihen.

Erst seit dem Beginn des Aufschwungs lassen sich aus der stark gestiegenen Beschäftigung erste Hinweise auch für positive Effekte der Arbeitsmarktreflexen gewinnen. Die erhöhten Anreize zur Arbeits-

aufnahme und die effizientere Vermittlungstätigkeit führen in der Tat dazu, dass nun – da im Aufschwung die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt – die Beschäftigung schneller wächst. Damit haben die Arbeitsmarktreflexen den Aufschwung zwar nicht ausgelöst; sie haben aber dessen Intensität erhöht.

Wichtig ist der genaue Blick auf die Abläufe: Als erstes bedurfte es gesamtwirtschaftlicher Impulse – sei es jener, die unerwartet vom Bau ausgingen, oder jener, die gezielt durch Programme der Bundesregierung ausgelöst wurden – um den Aufschwung in Gang zu bringen. Der Lehre nicht nur aus dem Beginn dieses, sondern auch der früheren Aufschwünge lautet: Erst müssen gesamtwirtschaftliche Impulse wirksam werden, dann beginnt der Aufschwung und dann können verbesserte mikroökonomische Anreize ihre Wirkung entfalten. Umgekehrt heißt dies auch: Man muss Abschwünge durch eine expansive gesamtwirtschaftliche Politik wie Geld- und Fiskalpolitik bekämpfen und nicht durch hektische, möglicherweise Krisen verschärfende Arbeitsmarktreflexen.

Wem gehört also der Aufschwung? Das Urteil kann halbwegs salomonisch ausfallen. Die Große Koalition hat wesentlich zu seinem Beginn beigetragen, die Maßnahmen der früheren Bundesregierung dürften seine Intensität gesteigert haben. Am wenigsten gehört er aber jenen Ökonomen, die vor mikroökonomischem Reformeifer den gesamtwirtschaftlichen Rahmen aus den Augen verloren haben.